

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha und die Behörden in Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Högberg in Frankenberg i. G. — Druck und Verlag von E. G. Högberg in Frankenberg i. G.

Nr. 84

Dienstag, den 11. Februar 1919

78. Jahrgang

## Verkehr mit Zucker

Für den vom 13. Februar bis 27. Mai 1919 laufenden Versorgungsabschnitt Reihe 12 gelangen dieser Tage die Zuckerkarten und Begünstigten zur Ausgabe. Für sie gelten folgende Bestimmungen:

Jeder Versorgungsberechtigte hat Anspruch auf eine Normalzuckerkarte. Kinder im 1. und 2. Lebensjahre erhalten daneben noch eine K-Karte.

Die Zuckerkarten laufen wiederum auf 6 Woch. Ihre Ausgabe erfolgt durch die Gemeindebehörden. Den Bedrungen wird empfohlen, die Karten so bald nach Empfang bei den Versorgungsstellen, von denen sie den Zucker beziehen wollen, vorzulegen, damit diese rechtzeitig in ihnen fertig gelangen können.

Ältesten, Randkorten und Gutsbesitzer erhalten Begünstigten, die ebenfalls auf 6 Woch. laufen und für den oben genannten Zeitraum gelten, durch die Gemeindebehörden. Die Zuteilung erfolgt in demselben Umfang wie im letzten Versorgungsabschnitt.

Waiskinder, Waisen und Waiskinder, sowie Betriebsbesitzer erhalten Begünstigten durch den Kommunalverband. Ihren Bedarf an Zucker für den neuen Versorgungsabschnitt haben sie, einzeln unter Angabe der Verteilungszahl, umgehend hier anzumelden.

Altenheimen haben die von ihnen verwalteten Militärkinderkassenabschnitte, die auf je 125 Militärkinder laufen, gebührend zu je 20 Stück zwecks Befreiung dieses einzureichen.

Flöha, den 7. Februar 1919.

Der Kommunalverband der Amtshauptmannschaft Flöha.

## Nährmittelverteilung

In den nächsten Tagen, alsbald nach Eingang in den einzelnen Gemeinden, werden auf Best. Nr. 85 der ersten Nährmittelliste des Kommunalverbandes 100 Gramm Gruppen

zur Verteilung gelangen.

Flöha, den 7. Februar 1919.

Der Kommunalverband.

## Zuckerkarten- u. Seifenkarten-Ausgabe

In der städtischen Lebensmittelkarten-Ausgabe (Markt 14)

am Dienstag den 11. ds. Mts. Vormittag 8 bis 12 Uhr für den 1. Bezirk

Nachmittag 2 - 5 - 2.

am Mittwoch den 12. ds. Mts. Vormittag 8 bis 12 Uhr für den 3. Bezirk

Nachmittag 2 - 5 - 4.

Die Stammkarten der verbrauchten Zuckerkarten sind zurückzugeben und die Ausweise vorzulegen.

Beim Materialwarenhandl. Schwanze, Friedhofstraße, dürfen Zuckerkarten jeder Art zur Abstempelung nicht vorgelegt werden.

## Schluss der Anzeigenannahme

Für Familiennachrichten vormittags 9 Uhr des Erscheinungstages; für alle anderen Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstag.

## Deutsche Nationalversammlung

Weimar, 8. 2.

Zunächst wird eine Reihe weiterer Gläubigeradressen und Telegramme verlesen. Sodann wird das Ergebnis der Schriftführerwahl bekanntgegeben. Gewählt sind: Rüd. Fischer (Soz.), Dr. Reumann-Safer (Demokrat), Stöckel (Soz.), Dr. Pfeiffer (Ztr.), Kempe (Deutsche Volksp.), Wolf (Ztr.), Paulsen (Deutschnational) und Frau Agnes (Unabh. soz. Partei).

Herrn Dr. Pfeiffer trat das Haus in die Tagesordnung ein und Staatssekretär Dr. Pfeiffer nahm das Wort zur Begründung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Er führte u. a. aus: Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrechterhalten worden. Ich glaube an dieser Stelle den Kräften des Beamtenstandes, die sich ohne Rücksicht auf politische Überzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Erhaltung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, Anerkennung auszusprechen zu müssen. (Beifall.) Ein großer und mächtiger Drang in unserem Volk geht nach härterer Vereinheitlichung, ein Drang nicht nur des Gefühls, sondern der alten materiellen Notwendigkeit. Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es noch mehr als bisher seine Einheit betonen und stärken. (Sehr richtig.) Aber der Gegensatz dazu lag keineswegs bloß in den Dynastien. Mächtig muß dieses Volk auf dem Wege freundlicher Verständigung zusammengedrängt werden. Es ist nicht zu verkennen, daß auch ein gewisses Weniger, das auf dem Wege der Freiwilligkeit erreicht wird, wertvoller sein kann, als ein Mehr, das unbillig durchgeleitet wird. Aber am letzten Ende dürfen Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit darunter keinen Schaden leiden. Darauf aber zu warten, bis eine solche Verständigung nach Möglichkeit durchgeführt ist, das ist nicht möglich, wenn es das Wohl und Notwendigkeit für den Zustand unseres gesamten Vaterlandes ist, das ist, so schnell wie möglich eine rechtliche Ordnung zu gründen, die durch die Sammlung dieser souveränen Nationalversammlung die Organisation des Reiches im Innern Deutschlands eine funktionierende Organe ausüben kann und die dem Ausland gegenüber über jeden Zweifel erhaben, berechtigt ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. Aus der Erkenntnis heraus, daß der Abschluß dieses Werkes zur Eile mahnt, ist der Entwurf der Festlegung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen.

Dieser Entwurf ist ein Kompromißentwurf, er kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Gerade die schwierigsten Fragen, besonders die der Kompetenz zwischen Reich und Einzelstaaten und gewisse andere Kompetenzfragen mühen hier erst vorabzuarbeiten ausgeführt werden, denn gerade über sie wäre nicht schnell eine Einigung zu erzielen gewesen. Aber die Verteilung entscheidet die Nationalversammlung selbst endgültig, mit der einzigen Ausnahme, daß der Wechselschritt der Festlegung nur mit deren Zustimmung abgeändert werden kann. Anders als bei der Reichsverfassung soll der Gang bei den anderen dringenden Gesetzen sein, für welche die Nationalversammlung in Frage kommt. Hier wird eine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorausgesetzt, eine Vereinbarung zwischen dem Staatenrat und der Nationalversammlung. Weiter ist die Möglichkeit vorgesehen, kritische Fragen im Wege der parlamentarischen Untersuchung zur Entscheidung zu bringen. Wir müssen und wollen uns mit den Vertretungen der Einzelstaaten abgeben, wenn aber eine Einigung nicht zu erzielen ist, so war es früher gewöhnlich ein Rückschritt, daß der Regierung damit der Weg zum Reichstag versperrt war. Das ist jetzt befristet. Diese Veränderung ist von erheblicher Bedeutung, denn sie verhindert, daß Entwürfe der Reichsregierung von irgendeiner Seite des Staatenrats zurückgehalten werden.

Der Staatssekretär kam dann auf die bereits bekannten Bestimmungen des Entwurfs über den Reichspräsidenten und das Reichswahlgesetz zu sprechen. Den alten ehrenwürdigen Namen für das leitende Amt, erklärte Pfeiffer, den Titel Reichspräsident, haben wir zunächst in diesem provisorischen Gesetzentwurf nicht angesetzt. Sollte es der Wunsch der Versammlung sein, etwas Verärgertes jetzt schon einzuführen,

so stehen prinzipielle Bedenken keineswegs entgegen. Bei aller Unvollständigkeit darf man jedenfalls dem Entwurf zugute rechnen, daß er in keiner Weise die Wege versperrt, welche bei der definitiven Verfassung zu gehen sind. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die große deutsche Republik zu gründen, und kann der Bestimmungen dieses Entwurfs nicht der definitiven Verfassung im Wege. Gewiß, es müssen Wünsche der Parteien, es müssen Wünsche der einzelnen Landesparlamente, es müssen auch Wünsche der Reichswehr bei diesem vorläufigen Entwurf etwas zurückgestellt werden, aber aber all diesen Wünschen steht, glaube ich, bei allen Teilen dieses Gesetzes, die Liebe zum gesamten Vaterlande. Mehr noch, als im Glück heißt es jetzt im Schwerm und Leid für uns alle „Deutschland über alles“ (Beifall.) Da keine Wortmeldungen vorlagen, war die erste Beratung geschlossen. Montag, nachmittags 3 Uhr: Zweite Beratung des Verfassungsentwurfes.

## An die Völker der Erde!

Ein Junkspruch aus Neuen

Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen wendet sich durch die Junkspruchaktion Neuen mit so gendem Hilferuf an alle Völker der Erde:

Der Krieg ist beendet. Das deutsche Volk hat weder den Willen noch die Macht, ihn wieder aufzunehmen. Das deutsche Volk will den Völkern Frieden, die Völkerfreiheit und Völkerverbrüderung. Der Satz, der die Welt vergiftet hat, soll verschwinden. Aber noch droht dem neuen Menschheitsideal eine furchtbare Gefahr. In der Geburtsstunde des Völkerbundes werden 800 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene ohne Freilassung ihrer Heimat vorenthalten. Die Kriegsgefangenschaft nach dem Kriegsende ist Sklaverei! Sklaverei ist Vergeßlichkeit der Menschlichkeit und des Völkerechts! Unauslöschlich hat sich die Frucht, die daraus erwachsen muß. Das deutsche Volk verlangt, daß die Gefangenen, die Willen der Welt verstanden hat, auch uns wiederfreie. Das deutsche Volk wird niemals einen Frieden dulden, der seine nationale Ehre mit Füßen tritt. Im Namen der Menschlichkeit wendet es sich an das Gewissen der Welt. Im Namen der Gerechtigkeit fordert es: Gebt uns unsere gefangenen Brüder wieder!

## Weshalb die Blockade aufrecht erhalten wird

Während die Entente streng die Ein- und Ausfuhr durch die Blockade verhindert, nützt sie zwischen die Zeit, um die ausländischen Märkte in Besitz zu nehmen; sie geht dabei mit größter Brutalität vor. Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland müssen ihren Seeverkehr mit Deutschland der Kontrolle der von den Verbündeten ernannten Ausschüsse unterwerfen. Deutschlands Schiffsverkehr nach Schweden, bei dem Kohlen, Kaol und Salz in erster Reihe in Betracht kommen, ist durch den Umstand behindert, daß die Entente, obgleich sie gegen die Zufuhr dieser Artikel nichts einwendet, deutsche Schiffe mit der Absperrung bedroht.

Die Ausfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten von Deutschland nach den neutralen Ländern ist von der Entente verboten. Was die Ausfuhr aus den neutralen Ländern nach Deutschland angeht, so ist dieselbe von der Entente den ungläublichen Schwänen unterworfen worden. Sie fordert Gleichsinnigkeit und verfährt mit der Absicht, den deutschen Verkehr auf jede Art zu hindern.

Das dieses Verbot zum Ziel hat, die neutralen Märkte in Besitz zu nehmen, bevor der deutsche Handel sich erholen kann, geht aus dem Umstand hervor, daß Amerika bereits für 300 Artikel das Ausfuhrverbot aufgehoben hat, wovon Beispiel England und Frankreich gefolgt sind. Die skandinavischen Länder und Holland sind mit Agenten aus Amerika, England und Frankreich überdeckt.

## Keine Freigabe der deutschen Fischerei

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt folgenden Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa mit:

Die Alliierten lehnten es ab, die von Deutschland nachgesuchte Erlaubnis zur Fischerei im Skagerrak und Kattegat zu erteilen. Die deutsche Bitte, die Fischerei in der Nordsee bis zur Linie Horns Riff-Borkum freizugeben, wurde, wie sie weiter mitteilen, erst dann genehmigt werden, wenn die Forderung des Artikels 22 des Waffenstillstandsvertrages durchgeführt worden sei, der die Auslieferung aller fahrt- und schiffsbereiten Unterseeboote, U-Boote, Minenleger, U-Bootebeschiffe und U-Booteboots vorschreibt. Es werde demnach eine englische Unterkommission in Deutschland entsandt, um die Durchführung dieser Maßnahmen zu überwachen. Die Genehmigung zur Fischerei in der Nordsee innerhalb der erwähnten Zone werde vom Bericht dieser Kommission abhängen.

## Dr. Heinze über die Aufgaben der Deutschen Volkspartei

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hatte am Donnerstagabend eine geistliche Zusammenkunft zu der die Vertreter der befreundeten Presse geladen waren. In ihrem Verlauf äußerte sich der Vorsitzende der Fraktion, Abgeordneter Dr. Heinze, in einer Begrüßungsansprache über die Aufgaben, die der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung und im Rahmen der deutschen Politik gestellt sind. Er wies darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei die Erbin der Nationalliberalen Partei sei. Wenn diese Partei überhaupt überhaupt zugrunde gerichtet werden könnte, so hätte sie über die Vorgänge der letzten Zeit nicht überlebt. Die Nationalliberale Partei habe aber ihre harte Lebenskraft bewiesen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei sei sich voll bewußt, daß eine außerordentlich schwere Arbeit vor ihr und eine sehr große Verantwortung auf ihr liege. Ja, man könne sagen, daß die Arbeit seiner Fraktion so bedeutungsvoll sein werde, wie gerade die der Deutschen Volkspartei. Denn die Deutsche Volkspartei sei diejenige Partei, die berufen sei, die nationalliberalen Traditionen über Kaiserreich und Deutsches Reich in eine neue Zeit hinaufzuführen und dort festzusetzen. Die anderen Fraktionen hätten den Faden, der sie mit der ruhmreichen deutschen Vergangenheit verbunden habe, zerissen. Eine andere Fraktion habe noch zu sehr festgehalten an den früheren Grundlagen. Die Deutsche Volkspartei aber nehme die neue Zeit an unter Wahrung des Geistes, der sich in der Vergangenheit bewährt habe. In diesem Sinne, so schloß Dr. Heinze, unter lebhaftem Beifall, möge die Deutsche Volkspartei die würdige Nachfolgerin der alten stolzen Nationalliberalen Partei sein.

Der Abgeordnete Pfarrer Dr. Dertel, gewählt am 21. Wahlkreis, wurde bisher fälschlicherweise der Demokratischen Partei zugezählt. Pfarrer Dertel ist mit der Fraktion der Deutschen Volkspartei beigetreten, die mit ihm 22 Mitglieder umfaßt.

## Schlechte Kohlenverföhrung

Der Reichskommissar für Kohlenverteilung schreibt: Die Nachricht von der Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien berechtigt leider nicht zu der Hoffnung, daß die Kohlenverföhrung Deutschlands nunmehr alsbald besser würde. Die durch die umfangreiche Abgabe von Lokomotiven an die Entente hervorgerufenen Transportschwierigkeiten machen sich in allen Kohlenrevieren immer mehr fühlbar.

Dies zeigen folgende Zahlen aus den beiden größeren Steinkohlenrevieren. Während am Montag, den 3. d. M., im rheinisch-westfälischen Bezirk die Eisenbahnverföhrung im Vergleich zur letzten Woche günstige Ziffer von 18 160 Wagen aufwies, ist sie im Laufe der Woche bis auf 12 550 am Freitag, den 7. d. M., zurückgegangen. In Oberschlesien ist eine Abnahme von 4568 Eisenbahnwagen am Montag auf 3097 am Freitag zu verzeichnen. In transportunfähigen Zellen während des Krieges haben die Wagenverföhrungsziffern für Westfalen etwa 25 000, für Oberschlesien etwa 12 000 täglich betragen.

Ausicht auf baldige Besserung der Transportverhältnisse besteht zurzeit nicht.



und in Zukunft allen Eingriffen in die Versammlungsfreiheit rücksichtslos entgegenzutreten.

**Chemnitz.** Gegen die widerrechtlich im Hungerlofode hat der Chemnitz'eer Verein für Gesundheitspflege an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar eine Kundgebung gerichtet, in der u. a. hervorgehoben wird, daß die tuberkulose Sterblichkeit, die in Chemnitz vor Jahren dauernd abgenommen hat, jetzt mit 32,3 auf 10000 Einwohner eine Höhe erreicht, wie sie in Chemnitz in den letzten Jahrzehnten überhaupt nicht annähernd beobachtet worden ist.

**Chemnitz.** Kunststätte. Die eröffnete Februar-Ausstellung enthält das gesamte graphische Werk von Hans Meiß, eine Sammlung Farbenholzschmitten von August Heilmüller und Kurt Zimmermann-Heilmüller, Hannover, und O. Gemälde von Gottfried Riemann, Garmisch. Außerdem können noch ausgestellt bleiben die Studien und Entwürfe zu Max Ringers Rathausbild aus dem Besitze des Herrn Kommerzienrat Hans Vogel.

**Halle.** a. a. gewählte Stadtverordnetenkollegium, in dem 10 Bürgerliche und 17 Sozialdemokraten sitzen, trat am Freitag abend zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Gewerkschaftsbeamter Jesler (Soz.) gewählt, zum 1. Stellvertreter Julius Raabe (Deutsch-Demokr.) und zum 2. Stellvertreter Kaufmann Brak (Soz.). Außerdem wurden fünf Sozialdemokraten als Stadträte gewählt.

**Kamens.** Eine grenzenlose Mißwirtschaft auf dem hiesigen Flugplatz ist man auf die Spur gekommen. Einige Mitglieder des hiesigen K. und S. Rates hatten die Leitung einer am 1. Januar eröffneten Reichsverwertungsstelle für die hiesige Fliegerkaserne, welche sich mit der Wiedereinrichtung von im Felde unbrauchbar gewordenen Autos und anderer volkswirtschaftlicher Gegenstände beschäftigt, übernommen. Den Betrieb aber so großzügig und ohne kaufmännische Berechnung ausgemacht, daß die Existenz des jungen Unternehmens ernstlich bedroht war. Der hiesige K. und S. Rat hatte, als er Kenntnis von den Mißständen erhielt, sofort energische Schritte bei der Reichsverwertungsstelle in Berlin, die 50000 Mark Anleihekapital zur Verfügung gestellt hatte, und beim sächsischen Ministerium unternommen, woraus sich die Rettung, die sich eigenmächtig an die Spitze gestellt hatte, sofort entfernt wurde. Die Entfernung der Leitung erfolgte auf nahezu gewalttätige Weise, und es machte sich, da Drohungen vorhergegangen waren, bedeutende Sicherheitsvorkehrungen notwendig.

**Meerane.** Der Rat beschloß, von Ostern d. J. ab eine allgemeine Vorkursbildungsschule für Mädchen einzurichten.

**Döbeln.** Auf dem Bahnhof Döbeln wurden zwei Frauen abgefaßt, welche in ihren Tragkörben die ungläubliche Menge von fast 700 Eiern, 44 Stück Butter und 40 Pfd. Quark hatten und im Begriff waren, damit nach Leipzig abzuwandern. Die Lebensmittel wurden beschlagnahmt und dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Döbeln zugeführt.

**Schneeberg.** Stadtbauamtmann Lorenz ist beauftragt worden, Vorarbeiten zur Erbauung eines Rathauses in dem reizend gelegenen sächsischen Waldparadies Binsdorf auszuführen.

**Stollberg.** Im hiesigen Bedrücken wurde wegen Mißbrauchens der Gruppe der Unterriicht bis Mittwoch, dem 12. Februar, geschlossen.

**Wurzen.** Die sächs. Staatsbahnverwaltung hat als Notstandsarbeit die Erbauung einer etwa 26 Kilometer langen, vollspurigen Nebenbahn von Wurzen nach Eilenburg in Angriff genommen.

**Altan.** Die Vordengelage hat, wie im hiesigen Bezirk, so auch im benachbarten Böhmen zugenommen. So wurden amlich 18 Fälle in Rumburg 1 Fall, in Wernsdorf 8 Fälle und in Welsdorf 1 Fall. In Wernsdorf fielen den Vorden 3 Kinder zum Opfer. Die Vordengelage haben der Bedörbe Anlaß gegeben, die Bevölkerung aufzufordern, sich einer Schutzimpfung zu unterziehen. Auch in Lauban in der Herberge zur Heimat ist ein Fall von Vorden vorgekommen.

**Zwickau.** Der Rat der Stadt beschloß, zur Vinderung der Wohnungsnot mit dem Generalkommando des 19. Armeekorps wegen Benutzung eines Teiles des Zwickauer Garnisongebäudes als Kleinwohnungen in Verbindung zu treten.

**Zwickau.** Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielt die Deutschnationale Volkspartei 5030, die Deutsche Demokratische Partei 10277, die Arbeiterpartei 12513 und die Unabhängigen 2198 Stimmen. Die verbündeten bürgerlichen Wähler hatten mit 601 Stimmen Mehrheit. Die Wahlbeteiligung betrug 65 Prozent.

### Vermischtes

**Der Sturm auf die Garderobe.** Am Ende einer Festlichkeit, als die Festteilnehmer ihre Garderobe in Empfang nehmen wollten, veranstaltete eine Bande absichtlich einen heftigen Angriff auf den Garderoberraum. Dadurch wurden die Garderobenfrauen außer Tätigkeit gesetzt, und jeder nahm nun, was er erreichen konnte. Küper 39 Herren- und Damen-Überroden fiel den Spitzbuben noch eine Anzahl kostbarer Beize in die Hände.

**Der Titel des Präsidenten der deutschen Republik.** bildet jetzt den Gegenstand von Erörterungen, weil es viele Präsidenten künftig in Deutschland geben wird. Das ist nun eigentlich bloß Sache eines längeren Wortes, denn der Titel „Präsident der deutschen Republik“ ist klar gegenüber dem „Präsidenten des Freistaates Preußen“ usw. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika heißen die Oberhäupter des einzelnen Staates „Gouverneur“, in den englischen Kolonien mit selbständiger Regierung „Gouverneur“, „Generalgouverneur“ oder auch „Kommissar“. Soll für den deutschen Reichspräsidenten zum Unterscheid von denen der englischen Staaten ein klarer und knapper Titel gesucht werden, so könnte man sagen „Großpräsident“.

**Internationale und deutscher Sozialismus.** Der internationale Sozialistkongreß in der Schweiz hat sich auf einen Standpunkt gestellt, der dem der herrschenden deutschen sozialistischen Reichsregierung nicht entspricht. Was diese Herren denken oder beschließen, kann also für Deutschland nicht in Betracht kommen, denn es würde die Verwirklichung mit der Heberzeugung der Mehrheit des deutschen Volkes in Widerspruch stehen. Start ist auch, daß Kautsky, der in der Berliner Regierung mitgearbeitet hat, sagte, Deutschlands militärischer Sieg wäre das größte Unglück für die Welt gewesen. Kautsky ist ein Böhm und war nicht im deutschen Schützenorden. Seine Genossen, die dort kämpften, denken anders.

**Die Hinrichtung der Großfürsten.** Der „Times“ wird aus Petersburg gemeldet, daß die Hinrichtung der vier russischen Großfürsten am 28. Januar auf dem inneren Hof des Gefängnisses von Deriabinsk, einer Vorstadt von Petersburg, stattfand. Mit den Großfürsten wurden noch 172 andere Personen erschossen, und zwar 144 Männer und 28 Frauen, die von den Bolschewisten beschuldigt wurden, an der sogenannten „englisch-französischen Organisation“ teilgenommen zu haben. Alle Großfürsten starben würdevoll. Großfürst Nikolai Mikailowitsch war so krank und durch Hunger geschwächt, daß er auf einer Tragbahre auf den Hof getragen und in dieser Lage erschossen werden mußte.

**Selbstmord eines dienstlosen Majors.** In Lemberg hat sich Major Fischer von einem auswärtigen Bataillon, der aus Karlsruhe stammte, durch Erschießen das Leben genommen. Die Ursache der unseligen Tat ist in Existenzfragen zu suchen. Major Fischer war aktiver Offizier und ist infolge der Neuordnung aus dem Dienste entlassen worden.

**Polk verlegt.** Bei einem Eisenbahnen-Händler wurden

17 Zentner Hafer, drei Sad Mehl, ein Sad Wolle, 11 Zentner Karloffeln und etwa zwei Zentner frisches Kalb- und Schweinefleisch entwendet und beschlagnahmt.

**Als Auslöschung verurteilt in Weimar,** daß der flüchtige und flehentlich gesuchte Eichhorn, der von den Unabhängigen als erster auf die Liste gestellt war, nun seinen Platz doch beansprucht. Es wird behauptet, daß er durch seinen Anwalt die Annahme des Mandats ausgesprochen habe. Eine der ersten Handlungen der Nationalversammlung wird selbstverständlich sein, daß sie die Immunität ihrer Mitglieder verfassungsrechtlich sichert. Und auf diese Immunität gestützt, soll Eichhorn dann gewillt sein, seinen Sitz in der Nationalversammlung einzunehmen. Inwieweit durch das Schreiben des Rechtsanwalts die gesetzlichen Formalitäten erfüllt sind, bleibt dem Büro zur Prüfung vorbehalten.

**Die Rohkost hat Vorkommnisse veranlaßt,** die ernstlich, aber doch dauerlich sind. Es sind Transporte mit Brennmaterial unterwegs angehalten und anderen Städten zurückgeführt worden, als denen, für die sie bestimmt waren. Die Rat erklärt, wie gesagt, vieles, aber solche unhaltbaren Zustände dürfen doch nicht geschaffen werden. Wichtiger ist, weil es das einzige wirksame Mittel ist, den Arbeitsnachen in den Kohlenbezirken vorzubeugen.

**Vorsicht! Falsche Tausendmarktscheine!** Das Leipziger Polizeiamt weist darauf hin, daß sich falsche Tausendmarktscheine im Verkehr befinden. So ist in Elberfeld ein wahrscheinlich im Wege des Lichtdrucks hergestellter Tausendmarktschein angehalten worden, der die Nummer 5820028 A trägt. Diese Nummer sowie die Stempel auf der Vorderseite der Note sind in grüner Farbe aufgedruckt, während die echten den Ausdruck in Rot zeigen. Die Papierschneidung fehlt.

### Kunst und Wissenschaft

**Ein Theaterandal gab es in Berlin** anlässlich der Erkaufung des Dramas „Bon morgens bis mitternachts“ von dem Weimarer Dichter Georg Kaiser im Deutschen Theater. Das Stück schließt in phantastischen Bildern das Schicksal eines Ritters, der eine große Summe unterschlagen hat und für einen Tag herrlich und in Freuden lebt, schließlich in einer Verarmung der Heißarmee befehrt wird und sich dann erschießt. Die fassen-Effekte wurden vom Publikum mit Pfeifen und Japsen beantwortet, man geriet in lebhafteste persönliche Auseinandersetzungen, bis sich Ohrfeigen an und beteiligte sich am Spiel. Der Regisseur Holländer erschien am Schluß und erklärte, er werde dem Dichter von der lebendigen Aufnahme seines Stückes Bericht erstatten.

**Die sächsische Orchesterwerke an den sächsischen Landestheatern.** Wie aus Dresden verbreitet wird, beschäftigt das Orchester der Sächsischen Landestheater auf eine Anregung des Kapellmeisters Reiner hin alljährlich — zum erstenmal im Juni dieses Jahres — im Dresdner Opernhaus Orchesterwerke sächsischer oder längerer Zeit in Sachsen lebender Tonsetzer aufzuführen. Die Werke werden von einem Ausschuss ausgewählt, dem die Opernkapellmeister, Vertreter der Musikalischen Kapelle und der Dresdner Musikkritik angehören. Zwei Wert: sollen jedesmal durch Ehrengaben ausgezeichnet werden. Ein Dresdner Kunstfreund hat bereits 20000 Mark als Kapital für ein der beiden Gaben gestiftet. Stiftungen für die zweite Ehrengabe stehen in Aussicht. Die Werke sind bis 15. April jeden Jahres an die Verwaltung der Landestheater mit einem Remmwort einzuliefern.

**Imere Kolonisation von Dr. Erich Reup, Berlin.** Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation, Heft 28. Deutsche Landbuchhandlung, Berlin SW. 11. Preis 1,50 M., 43 S. Die imere Kolonisation wird von allen Parteien, wie die neuen Programme, Aufrufe usw. erkennen lassen, als die wichtigste Zukunftsaufgabe des deutschen Volkes bezeichnet. Wenngleich dem so ist, fehlt es noch vielfach an klarer Erkenntnis über Wesen und Bedeutung dieser wichtigen Frage, so daß es dankbar begrüßt werden muß, wenn jetzt der unter den Fachgenossen anerkannte Förderer der inneren Kolonisation, Dr. Reup, eine kurze zusammenfassende Darstellung über das Gebiet der inneren Kolonisation gibt. Der Hauptwert des Büchleins liegt darin, daß es als ein vorzügliches und unentbehrliches Aufklärungs- und Werbemittel die in weiten Kreisen noch verbreiteten falschen oder unklaren Vorstellungen berichtigt und die Gleichgültigen und Launen für diese Zukunftsaufgabe des deutschen Volkes gewinnen helfen wird.

**Die Kommunisten von Worpsswe.** Wie bekannt, hat der Worpssweider Mäler Heinrich Vogeler, der während des Krieges politisch tätig war, in Worpsswe eine kommunistische Sonderrepublik gegründet, von der allerhand Gerüchte gehen. Demgegenüber erklären jetzt die Worpssweider Künstler W. Barzsch, W. Bertelsmann, W. Krummacker, F. Madensen, E. Meyer, Fr. Müller und A. Schießel, daß sie an dem Unternehmen nicht beteiligt sind und „scharfen Einspruch gegen die kommunistische Gewalttätigkeit erheben“.

### 2. öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 3. Februar 1919

Das Kollegium ist ausweislich der festgestellten Anwesenheit vollständig erschienen.

Der Ratsvorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Jrmr, eröffnet die Sitzung abends kurz nach 8 Uhr, indem er die wiedergewählten, sowie die in das Kollegium neu eingetretenen Herren begrüßt und herzlich willkommen und so dann die einzelnen Herren durch Aufrufen der Namen gegenseitig zur Vorstellung bringt.

Sodann bringt der Herr Bürgermeister den Dank den aus dem Kollegium ausgeschiedenen Herren, insbesondere dem langjährigen Vorsteher Herrn Oberamtsrichter Dr. Bähr, für die vielen zum Wohle der Stadtgemeinde geleisteten erspriehlichen Dienste und Leistungen zum Ausdruck.

Hierauf verbeichtet sich der Herr Bürgermeister über die Art der gegenwärtigen Zusammenkunft des Stadtverordnetenvorstandes, wobei er unter anderem hervorhebt, daß verschiedene Berufsgruppen gar nicht oder verhältnismäßig gering vertreten sind.

Weiter gibt der Herr Bürgermeister durch ziffermäßige Angaben ein Bild über die gegenwärtige gewirtschaftliche Lage der Stadt, die als höchst trübe bezeichnet werden muß.

Unter Hinweis auf die Pflichten und Obliegenheiten eines Stadtverordnetens führt der Herr Bürgermeister die sämtlichen Herren Stadtverordneten in ihre Amt mit dem Wunsch ein, daß ein Jeder sein Bestes zum Wohle der Stadtgemeinde und eines jeden Bewohners einbringen möge.

Zur Tagesordnung, Wahl eines Vorstehers, übergehend, bittet der Herr Bürgermeister um Einbringung von Vorschlägen. Herr Stadtverordneter Kommerzienrat Nau schlägt Herrn Sanitätsrat Dr. Köhlich vor. Herr Stadtverordneter Goldfuß schlägt vor, Herrn Lehmann als 1. Vorsitzenden und Herrn Kunze als 2. Schriftführer zu ernennen. Der Herr Bürgermeister entgegnet, daß vorderhand nur der 1. Vorsteher zu erwählen sei. Herr Stadtverordneter Fiedler

bittet, die Wahl einstimmig für Herrn Sanitätsrat Dr. Köhlich zum Ausdruck zu bringen. Herr Stadtverordneter Reichold tritt warm für die Ernennung des Herrn Sanitätsrat Dr. Köhlich als 1. Vorsteher ein, ebenso Herr Stadtverordneter Bornmann.

Die Wahl des 1. Vorstehers wird durch Stimmzettel vorgenommen. Als Wahlgehilfen sind die Herren Stadtverordneten Gläser und Leppart tätig.

Abgegeben wurden 29 Stimmzettel. Herr Stadtverordneter Lehmann enthielt sich der Abgabe eines Stimmzettels. Nach Durchsicht der Stimmzettel wurde festgestellt, daß 16 Stimmen auf Herrn Lehmann und 13 Stimmen auf Herrn Sanitätsrat Dr. Köhlich entfallen sind und Herr Lehmann somit als 1. Vorsteher erwählt worden ist.

Auf Befragen des Herrn Bürgermeisters erklärt sich Herr Lehmann zur Annahme des Amtes als 1. Vorsteher bereit. Hierauf übernimmt Herr Lehmann den Vorsitz und erklärt, daß er seines Amtes in objektiver Weise zu Aller Zufriedenheit walten werde.

Zum Zwecke der Ergänzung des Vorstandes schlägt Herr Stadtverordneter Goldfuß Herrn Sanitätsrat Dr. Köhlich als stellvertretenden Vorsteher vor. Durch Zuruf werden sodann einstimmig gewählt Herr Stadtverordneter Sanitätsrat Dr. Köhlich zum stellvertretenden Vorsteher, Herr Stadtverordneter Nau zum 1. Schriftführer und Herr Stadtverordneter Kunze zum 2. Schriftführer.

Mit der Einbringung von Vorschlägen bezüglich der Belegung der Ausschüsse wird auf Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Sanitätsrat Dr. Köhlich der gesamte Vorstand unter Zugleichung des Herrn Stadtverordneten Kommerzienrat Nau betraut.

**Sachsenburg, Dienstag, abends 8 Uhr:** Frauenvereins-Vorstandssitzung im Kugrund, Kugelhalle der K. Legationstraße n. Wilmersdorf, 8 Uhr: Jungfrauenverein. Donnerstag, 8 Uhr: Jungfrauenverein. Freitag, 8 Uhr: Bestunde in der Schule.

### Nach Redaktionschluss eingegangene Meldungen

**Dresden, 10. 2.** Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen ist die Beteiligung noch schwächer gewesen als bei den Wahlen zur sächsischen Volkskammer. Nach dem vorläufigen Ergebnis entfallen auf die Listen Köhn (Soz.) 90603 Stimmen (39 Sitze), Wächsmuth (kaufmännische Arbeiter) 9773 Stimmen (4), Marx (Deutsche Volkspartei) 26641 Stimmen (12), Thierfelder (Deutschn.) 25951 Stimmen (11), Haemel (Unabh. Soz.) 8115 Stimmen (4) und Eichler (Brandenb.) 6173 Stimmen (14 Sitze).

**Weimar, 8. 2.** In der Sitzung der demokratischen Fraktion wurde die Zahl der Vorstandsmitglieder auf dreizehn erhöht und die Abgeordneten Reichler (Deutschn.) und Wachsmuth noch in den Vorstand gewählt.

**Weimar, 10. 2.** Der Nationalversammlung wird nach der Wahl des Reichspräsidenten eine Kreditvorlage zugehen, durch welche die Bezüge des Präsidenten bestimmt werden sollen. Außer einer festen Appanage sollen dem Präsidenten jährlich 100000 Mark zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch dürfte die Gesamtsumme eine Million nicht erreichen.

**Weimar, 10. 2.** Wie die „Voss. Ztg.“ hört, hat die sozialdemokratische Fraktion den anderen Fraktionen einen Antrag vorgelegt, der für die deutschen Kriegsgefangenen Eintritt und ihr Recht für die baldige Rückkehr in die Heimat betont.

**Weimar, 10. 2.** Die Abordnung der Elbehochbringer hat sich nach ihren Verhandlungen mit dem interfraktionellen Ausschuss und der Regierung über die Zulassung zur Nationalversammlung, die ergebnislos verlaufen sind, an die einzelnen Fraktionen direkt gewandt.

**Hamburg, 9. 2.** Der englische Torpedobootzerstörer Tynde ist in den hiesigen Hafen eingelaufen. Das letzte in Deutschland interniert gewesene englische Handelsdampfboot, der Dampfer Rosma, ist mit deutscher Mannschaft heute nach England abgefahren.

**Düsseldorf, 10. 2.** Die Sperrung des Telephonnetzes mit ganz Deutschland dauert in Düsseldorf fort, weil die Belegung des Fernspreckamtes durch Sozialisten weiter besteht.

**Adin, 10. 2.** Wie die „Adin. Ztg.“ meldet, haben zahlreiche Städte und Gemeinden aus Hessen und Kurland durch o. f. u. Gemeindefratsbeschlüsse dem Vorkommen des weltweidigen Ausbruches ihre Zustimmung zu der Bildung und Errichtung einer westdeutschen Republik erklärt.

**München, 10. 2.** Nach Funfpruch aus Breslau, der dem bayerischen Landesvolkshüter mitgeteilt worden ist, ist zwischen Böhmen und Polen ein Vertrag zustande gekommen, der die Streitigkeiten zwischen beiden Staaten beendet und die militärischen Kräfte in einem gemeinsamen 3. Heer vereinigt, nämlich um Schutz gegen die bolschewistischen Gefahren. Preußen verpflichtet sich, 80000 Mann gegen die Bolschewisten zur Verfügung zu stellen.

**Amsterdam, 10. 2.** „Manchester Guardian“ bemerkt zu der Eröffnungsrede Eberis bei der Nationalversammlung, daß die Äußerungen von Herzen hoffen, daß die Nationalversammlung eine feste und handhabbare Regierung schaffen möge.

**Schneidemühl, 10. 2.** Die Lage bei Bromberg hat sich in den letzten Tagen bedeutend verschlechtert. Ein Teil der Grenzschutzbatalione sieht seine Aufgabe im Politischen statt im Kampfe gegen die Polen. So haben die Polen nicht nur Schubin und Mittwalde, sondern gestern auch Gränthal genommen. Ihre Bataillone stehen jetzt vor Ratel. Der Mittags-D. Zug aus Thorn, der viele Soldaten aus Kurland zurückbrachte, wurde der Straß angehalten. Die Soldaten, die sich freiwillig zum Schutze der Straße Bromberg-Ratel-Schneidemühl meldeten, wurden bewaffnet. Der Bahnhof Ratel wurde von den Polen beschossen.

**Genf, 10. 2.** Die Konferenz des großen Kriegsrates der Entente, an dem auch Wilson teilnahm, war nach Ypoper Blättern am Sonnabend noch nicht zum Abschluß gelangt. Es handelt sich um die Erneuerung des Waffenstillstandes mit Deutschland, an den Marschal. Foch auf Wunsch Clemenceaus neue Bedingungen knüpfen wird, in der Absicht, den Widerstand Deutschlands gegen die Gebietsansprüche Frankreichs zu brechen.

**Leipzig.** Heute vormittag ist ein großer Teil der sächsischen Beamten, besonders Schutzeute und Angestellte der Feuerweh, in den Ausstand getreten. Das Rathaus, das Polizeiamt und mehrere sächsischen Geschäftslokale in den Vorstädten wurden von Streikposten besetzt, so daß in den meisten Büros der Stadtverwaltung jeder Verkehr ruht. Es wurden sofort Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister eingeleitet. Es handelt sich hauptsächlich um Gehaltsforderungen.

**Weimar.** Die Mitglieder der Waffenstillstandskommission haben sich unter Führung Erbergers von Weimar nach Trier zu den neuen Waffenstillstandsverhandlungen gegeben.

**Berlin.** Bei einem erfolgreichen Vorstoß im Windausabstinkt wurde Torfalle von uns genommen. Nachrichten zufolge soll die deutsche Besatzung von Windau bei Eroberung der Stadt durch Bolschewisten niedergemacht und eine Anzahl deutscher Kolonisten in Goldberg erschossen worden sein. **Riel,** Auf Grund der Vorgänge in der verflochtenen Woche ist der gesamte Soldatenrat von dem Gebatallion abgesetzt worden, das tren hinter der Regierung steht.

